



**Berlin, 11. November 2022
Nr. 64/2022**

Bilanz 2. Warnstreikwoche: Metaller*innen sind bereit für mehr

Auch in der zweiten Warnstreikwoche in der Metall- und Elektroindustrie verzeichnet die IG Metall Berlin, Brandenburg, Sachsen eine hohe Beteiligung und ein außergewöhnlich starkes Interesse der Beschäftigten an der Tarifrunde. „Die Arbeitgeber-Blockade empört die Kolleg*innen in Ostdeutschland – egal ob in Dresden, Bautzen, Ludwigsfelde oder Berlin“, erklärte IG Metall-Verhandlungsführerin Irene Schulz. „Die riesige Entschlossenheit in den ersten beiden Warnstreikwochen zeigt klar: Die Beschäftigten sind in dieser Tarifaueinandersetzung bereit für mehr.“

In den ersten beiden Warnstreik-Wochen legten im Bezirk 20.000 Metaller*innen in 122 Betrieben die Arbeit nieder. Sie treten damit ein für ihre Forderung nach acht Prozent mehr Lohn in den nächsten zwölf Monaten. Die Arbeitgeber verweigern bisher ein konkretes Angebot für eine Erhöhung der Monatslöhne.

In ihrer Bilanz der ersten beiden Warnstreikwoche betonte Irene Schulz, Bezirksleiterin IG Metall Berlin, Brandenburg, Sachsen: „Spätestens jetzt müsste den Arbeitgebern klar sein: Ohne ein belastbares Angebot für eine deutliche und dauerhafte Lohnerhöhung wird sich dieser Arbeitskampf weiter zuspitzen. Dafür tragen die Arbeitgeber die Verantwortung. Sie müssen jetzt endlich ernsthaft verhandeln, statt weiter konkrete Lohnerhöhungen zu verweigern. Einmalzahlungen reichen nicht, weil die starke Inflation die Lebenshaltungskosten dauerhaft hochtreibt. Niemand sollte jetzt noch die Entschlossenheit der Metaller*innen unterschätzen. Die Arbeitgeber müssen sich jetzt sehr schnell spürbar nach vorne bewegen. Die Zeit läuft.“

Darum geht es: Die IG Metall fordert eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um acht Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten.

Die Arbeitgeber bieten eine Einmalzahlung von 3.000 Euro bei einer Laufzeit von 30 Monaten. Der einmalige Betrag müsste also bis 2025 reichen. Eine Erhöhung der Monatslöhne stellen die Arbeitgeber nur vage in Aussicht, nennen aber keine Prozente und nicht einmal ein Datum. Zudem wollen sie Sonderzahlungen je nach Kassenlage in einzelnen Betrieben kürzen können.

Für Rückfragen: Markus Sievers, 0157 37896124